

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die pervertierte Lohn-Preis-Spirale

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1960) : Die pervertierte Lohn-Preis-Spirale, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 40, Iss. 8, pp. 433-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133004>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die deutsche Landwirtschaft im Rahmen einer gemeinsamen Agrarpolitik

Der gemeinsame Agrarmarkt als Außenhandelsproblem

Die Bemühungen der Europäischen Kommission, unter Abkürzung der im Vertrag von Rom vereinbarten Übergangsfristen auch den agrarischen Teil des Gemeinsamen Marktes möglichst bald zu verwirklichen, lassen die Frage in den Vordergrund treten, wie sich auf dem vielgestaltigen Gebiet des Nahrungsgütermarktes die Beziehungen zu den Ländern außerhalb der EWG gestalten werden, wenn der Agrarmarkt seine endgültige Gestalt nach den in Brüssel bestehenden Vorstellungen angenommen haben wird.

Die hier sich eröffnenden Probleme sind keine agrarwirtschaftlichen und agrarpolitischen im eigentlichen Sinne. Sie berühren unmittelbar und aktiv den Außenhandel und die Exportindustrie. Die Landwirtschaft und die amtliche Agrarpolitik betreffen sie zunächst nur mittelbar.

Agrareinfuhren im Ausmaß des Zuschußbedarfs

Wer die Landwirtschaft im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes existent erhalten und sowohl in ihrer Produktionskraft wie hinsichtlich ihrer Einkommensverhältnisse stärken will, muß allerdings darauf achten, daß die Einfuhren an Agrarprodukten im Rahmen des wirklichen Zuschußbedarfs gehalten werden — während sie oft genug über die Marktbedürfnisse hinaus aus politischen oder handelspolitischen Rücksichten erfolgt sind und den Absatz der eigenen Produktion erschwert haben.

Das ist die Grundlinie, die das Bundes-Landwirtschaftsministerium bei allen Handelsvertragsverhandlungen, häufig zum Verdruß der exportorientierten Wirtschaft, eingenommen und durchzusetzen versucht hat, selbstverständlich auch gegenüber den heutigen „Drittländern“. Es ist eine durch nichts begründete Legende, wenn man in Brüssel die Dinge so darzustellen versucht, als ob die Bundesregierung mit Einschluß des Bundeslandwirtschaftsministers geradezu darauf versessen gewesen wäre, dritten Ländern, etwa solchen, die heute der Kleinen Freihandelszone angehören, Einfuhrmöglichkeiten zu gewähren, die den Lieferwünschen und Liefermöglichkeiten oder gar dem Absatz der inländischen Erzeugung im Wege gestanden hätten.

Allerdings kann auch die Agrarpolitik die Tatsache nicht übersehen, daß die Landwirtschaft auch im Hinblick auf den Außenhandel ein integrierender Bestandteil der Gesamtwirtschaft ist und deren Lebensgesetze beachten muß. Es ist aber ein entscheidendes Wesensmerkmal unserer Wirtschaft, daß wir auf die Ausfuhr gewerblicher Veredelungsprodukte angewiesen sind, daß ein wesentlicher Teil des Volkswohlstandes und der Massenkaufkraft — von der auch die Landwirtschaft profitiert — ein Ergebnis der industriellen Ausfuhr ist und daß ein erheblicher Teil dieser Ausfuhr in solche Länder geht, die sich darauf angewiesen fühlen, ihre Bezüge an

Industrieerzeugnissen wenigstens teilweise mit agrarischen Gegenlieferungen zu bezahlen.

Dieser Sachzusammenhang bringt es mit sich, daß steigende gewerbliche Ausfuhren geradezu automatisch einen steigenden Einfuhrdruck auf den landwirtschaftlichen Binnenmarkt ausüben. Mit dem fortschreitenden Industrieexport wird es immer schwieriger, die an sich selbstverständliche Forderung nach dem Primat der landwirtschaftlichen Inlandserzeugung und nach Begrenzung der Agrarimporte auf den echten Bedarf in der handelspolitischen Wirklichkeit durchzusetzen.

Die Schwierigkeiten, hier einen beiden Seiten gerecht werdenden Mittelweg zu finden, verdichten sich mit der zunehmenden Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.

Die Rangordnung der Lieferanten

Es ist eine gewollte und von den Vertragschließenden in Rechnung gestellte Konsequenz des EWG-Vertrages, daß die Partner, wenn der einheitliche Markt und der völlig unbeschränkte Warenverkehr Tatsache geworden sind, sich gegenseitig in der Belieferung ihrer Märkte eine klare Vorzugsstellung einräumen. Die Präferenzen sind das Instrument, mit dem der Warenverkehr innerhalb der EWG intensiviert werden soll. Seiner Natur nach bedeutet dieses System eine gewisse Ausschließlichkeit gegenüber allen Außenstehenden. Wird es folgerichtig durchgeführt, so läuft es zwangsläufig, so sehr auch jede Autarkietendenz in Ab-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

rede gestellt wird, auf einen möglichst optimalen Grad agrarischer Selbstversorgung hinaus. Die Versorgungsbilanzen, in denen der addierte Produktion der addierte Bedarf der Sechs gegenübergestellt wird, lassen diese Konsequenz un- zweideutig erkennen, bei der für den Handel mit Drittländern nur die Lücke zwischen Erzeugung und Verbrauch offenbleibt — solange und soweit eine solche überhaupt vorhanden ist.

Diese grundsätzliche Folgerung aus dem EWG-Vertrag kann die Bundesrepublik weder in ihrer Agrarpolitik noch in ihrer Handelspolitik, soweit diese sich auf Agrarprodukte erstreckt, negieren. Sie zwingt dazu, hinsichtlich der Versorgung des deutschen Marktes, soweit dieser während der Übergangszeit noch ein nationaler Markt ist, eine Art Rangordnung aufzustellen. Diese muß, ob man will oder nicht, wirksam werden, wenn der Marktbedarf insgesamt kleiner ist als die Summe der Inlandserzeugung, die Lieferungen aus dem EWG-Bereich und der traditionellen Warenströme aus dritten Ländern. Dabei ist es unvermeidlich, daß der inländischen Produktion — nach dem unmißverständlichen Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes — und den Lieferwünschen der EWG-Partner — nach den ebenfalls unbestreitbaren Vertragsverpflichtungen — eine zunächst noch in dieser Reihenfolge zu praktizierende Vorrangstellung zukommt. Der Handelsverkehr mit dritten Ländern gerät in den dritten Rang.

Ventile für die Agrarüberschüsse

So würde es sein, wenn der Mechanismus der Präferenzen dem Vertragswortlaut nach und ohne Rücksicht auf die in langen Zeiträumen entstandenen Tauschbeziehungen zu anderen Ländern angewendet würde. Aber so braucht es nicht zu sein. Die Zuspitzung wäre zu vermeiden, wenn die EWG-Mitgliedsländer, die bislang und von jeher einen Teil ihrer Agrarproduktion in Länder exportiert haben, die heute der EWG nicht angehören, diese Exportmärkte auch künftig pflegen, anstatt sich darauf zu verlassen, daß auch diese Über-

schüsse auf dem neuen größeren EWG-Markt untergebracht werden könnten. Das ist das eine Ventil.

Das andere Ventil besteht im britischen Markt, dem wichtigsten Zuschußgebiet für Agrarerzeugnisse. Wenn die Engländer bereit sein würden, ihren Markt für die traditionellen Agrarüberschüsse sowohl der jetzigen EFTA-Länder, praktisch also der skandinavischen Agrarländer, als auch der jetzigen EWG-Länder, vor allem der Niederlande und Italiens, offen zu halten, so würde, von beiden Seiten her, die Versorgungslage der EWG so entlastet werden, daß es ihren Partnern nicht sehr schwerzufallen brauchte, ihren herkömmlichen Agrarimport aus dritten Ländern aufrechtzuerhalten — sofern deren Überschüsse nicht ohnehin auch für die Versorgung des Gemeinsamen Marktes benötigt werden.

Um die optimale Berücksichtigung der Gesamtinteressen

Agrarpolitik kann in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik nicht allein nach ökonomischen Gesichtspunkten des Augenblicks ausgerichtet werden. Das natürliche Bedürfnis nach einem Mindestmaß an Sicherheit in der Nahrungsmittelversorgung verlangt auch über die ökonomischen Zusammenhänge hinaus, daß die inländische landwirtschaftliche Produktion voll funktionsfähig erhalten wird. Aber soziologische Gründe sprechen auch dafür, in der Landwirtschaft soweit wie nur irgend möglich die in Westeuropa vorherrschende Struktur bäuerlicher Familienwirtschaft zu verteidigen.

Beides liegt dringend im Interesse des Volksganzen und steht somit der Förderung unserer Exportwirtschaft mit Hilfe großzügiger Agrarimporte entgegen, für die ebenfalls in Anspruch genommen wird, daß sie „den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft entspreche“. Es ist eine verantwortungsschwere Aufgabe der Politik, zwischen diesen damit gekennzeichneten gegensätzlichen Tendenzen die Linie herauszuarbeiten, die den Gesamtinteressen optimal Rechnung trägt — und das gilt für die künftige gemeinsame Agrarpolitik in der

Wenn man seitens aller Beteiligten bereit ist, diese beiden Ventile zu öffnen oder offen zu halten, so ergibt sich sofort ein Bild des EWG-Agrarmarktes, das sich wesentlich von den auf der einfachen Addition von Produktion und Konsum der Sechs aufgebauten Versorgungsbilanzen unterscheidet und das Problem des künftigen Agrarhandels mit dritten Ländern in einem wesentlich freundlicheren Lichte erscheinen läßt. Auch für die deutsche Landwirtschaft brauchen die damit sich eröffnenden Möglichkeiten, die traditionellen Agrarlieferungen aus dritten Ländern fortzuführen, kein Anlaß zur Beunruhigung sein, wenn diese Einfuhren präziser als bisher mit der eigenen Agrarerzeugung und mit den Bezügen, die aus dem EWG-Bereich auf uns zukommen, in Einklang gehalten werden. (Dr. Th. S.)

EWG genauso, wie es bisher schon für die verschiedenen nationalen Systeme der Agrarpolitik gelten mußte.

Angleichung an das deutsche Preisniveau

Die agrarpolitischen Vorschläge der Brüsseler Kommission enthalten in dieser Beziehung bereits eine wesentliche Weichenstellung insofern, als dort klar zum Ausdruck gebracht ist, daß die EWG-Agrarmärkte gegen die mehr oder weniger willkürliche Preisentwicklung an den sogenannten „Weltmärkten“ abgeschirmt werden soll. Die Landwirtschaft in der EWG wird unausweichlich an das Kosteniveau gebunden sein, das sich aus der Gesamtentwicklung der übrigen Wirtschaft im Raume der EWG ableitet. Infolgedessen können auch die durch das Preisniveau bestimmten Erlösmöglichkeiten nicht nach den obendrein vielfach willkürlich verzerrten Maßstäben anderer Wirtschaftsräume bemessen werden.

Mit dem fortschreitenden Zusammenwachsen zum gemeinsamen Wirtschaftsraum werden sich dabei auch die Kostenverhältnisse zwischen den Partnerländern mehr und mehr ausgleichen. Es spricht dabei

aber nur sehr wenig dafür, daß etwa das bisherige Kostenniveau der Bundesrepublik unter Druck geraten könne. Die erwartete allgemeine weitere Belegung des Wirtschaftskreislaufes läßt weit eher mit Kostensteigungen rechnen, insbesondere auf dem für die Landwirtschaft ausschlaggebenden Gebiet der Löhne einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Kosten des gesamten übrigen Betriebsbedarfs.

Diejenigen Länder innerhalb der EWG, die heute noch niedrigere Agrarpreise haben, werden infolgedessen gar nicht darum herumkommen, ihr Preisniveau mindestens an das bisherige deutsche heranzuführen. In Frankreich ist dies bereits im Gange. Die dortigen Agrarpreise sind erst durch die Währungsmaßnahmen ab 1957 in den starken Abstand zu den deutschen Vergleichspreisen geraten, die heute so oft zitiert werden. Die französischen Bauern können das aber nicht länger ertragen; man würde ihnen auch ohne die EWG schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder zumindest das alte Preisniveau zubilligen müssen; erste Entscheidungen in dieser Richtung wurden soeben getroffen. Die notwendige Kostenangleichung in der EWG wird ein übriges dazu tun. Beispielsweise kostet heute noch der Versand einer Tonne Weizen in 20 t-Waggonen über eine Strecke von 400 km in der Bundesrepublik 43,60 DM, in Frankreich dagegen nur 20,57 DM, in Italien 16,38 DM und in den Niederlanden 13,93 DM — und das ist nur ein Beispiel von vielen anderen. Die

Niederlande aber, die neben Frankreich heute noch besonders gern als agrarisches „Niedrigpreisgebiet“ angeführt werden, kommen zugebenermaßen schon jetzt z. B. bei der Milchproduktion nur mit Erzeugerpreisen aus, die auf und über dem deutschen Preisniveau liegen. Die vielgerühmten niedrigen niederländischen Butter- und Käsepreise haben nichts mit den tatsächlichen Produktionskosten der dortigen Landwirtschaft zu tun; sie sind einfach das Ergebnis ungewöhnlich hoher Subventionszahlungen zu Lasten der Steuerzahler.

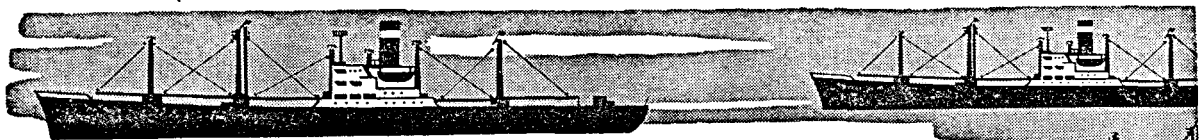
Auf dem Gebiet der übrigen viehwirtschaftlichen Veredlung, insbesondere also bei der Produktion von Schweinen, Eiern und Geflügel, haben die Holländer heute zwar noch einen erheblichen Kostenvorsprung; das liegt bekanntlich daran, daß das Futtergetreide in den Niederlanden auf oder nur wenig über der Höhe der jeweiligen „Weltmarktpreise“ zur Verfügung gestellt wird. Dieser Kostenvorsprung muß bei einer gemeinsamen Agrarpolitik in der EWG automatisch verschwinden, ganz unabhängig davon, ob das künftige Getreidepreisniveau nach oben oder unten angeglichen werden soll. Ist aber erst einmal die Kostengrundlage — vor allem für das Futter — gleich, so brauchen sich die deutschen Produzenten um ihre Behauptung im künftigen Gemeinsamen Markt keine Sorge mehr zu machen. Was die Bauern der übrigen EWG-Länder können, das können die deutschen Bauern zweifellos allemal auch — abgesehen vielleicht von einem gewissen technischen

und insonderheit absatzorganisatorischen Vorsprung, den die bisherige planmäßige Förderung einer überdimensionierten Veredlungsproduktion in den Niederlanden bewirkt haben mag.

Anpassung an den modernen Markt

Hier liegen somit auch die dringendsten Aufgaben, die der deutschen Landwirtschaft für das Hinwachsen in den Gemeinsamen Markt mit einer gemeinsamen Agrarpolitik gestellt sind — Aufgaben, die allerdings in ihrer Art keineswegs neu erscheinen. Auch ohne die EWG verlangt die Entwicklung eine fortschreitende Anpassung der Absatzverfahren an die Erfordernisse des modernen Marktes; das reicht bis in entsprechende Folgerungen für die Spezialisierung und regionale Konzentration der Produktion hinein.

Sehr im Gegensatz zu der landläufig verbreiteten „öffentlichen Meinung“ ist unsere Landwirtschaft auch auf diesem Gebiet stark im Vordringen. Man wird dabei nur nie aus dem Auge verlieren dürfen, daß die in hunderttausenden selbständigen bäuerlichen Betrieben individuell geleitete landwirtschaftliche Produktion nicht in gleich kurzen Fristen reagiert und umgestellt werden kann wie eine auf wenige Betriebsstätten konzentrierte gewerbliche Fertigung. Deshalb muß man der Landwirtschaft für die notwendigen Entwicklungen Zeit lassen. Ganz sicher bedarf es aber hierfür nicht erst einer von der gemeinsamen Agrarpolitik ausgehenden „Tendenz zur Steigerung“ der landwirtschaftlichen Einkommen. Das durch die „Grünen



Wöchentliche Fracht-Schnelldienste nach den USA

Wöchentliche Abfahrten von Bremen, Bremerhaven und Hamburg direkt nach New York und anderen amerikanischen Häfen. — Weitere Dienste von den USA nach Australien und Fernost.

United States Lines

53 moderne Frachter verbinden vier Erdteile

HAMBURG

Telefon: 32 16 71

Fernschr.: 021 2873

BREMEN

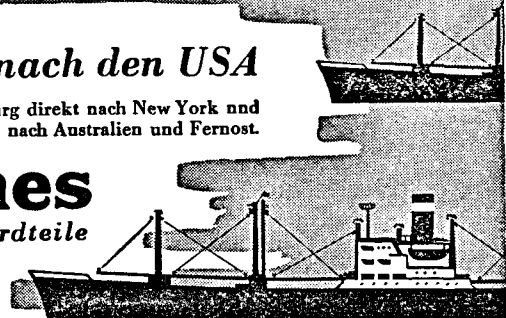
Telefon: 30 08 11-17

Fernschr.: 024 4307

BREMERHAVEN

Telefon: 4 69 51

Fernschr.: 02 3716



Berichte" klar ausgewiesene Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Einkommensverhältnisse gegenüber der übrigen Wirtschaft zwingt bei uns wie in den übrigen EWG-Ländern die Bauern ohnehin, ihr Möglichstes einzusetzen, um durch entsprechende Anpassung ihre Einkommensverhältnisse zu verbessern.

Keine einschneidenden Strukturänderungen

Es ist in folgedessen auch nicht damit zu rechnen, daß die gemeinsame EWG-Agrarpolitik einschneidende „strukturelle Veränderungen“ für die deutsche Landwirtschaft herbeiführen wird; damit ist freilich nicht gesagt, daß sich die bereits in Gang befindliche Festigung der echten Familienbetriebsstruktur insbesondere zu Lasten schwer lebensfähiger Kleinstbetriebe nicht fortsetzen sollte. Dagegen muß Vorstellungen, die von rein theoretisch-ökonomischen Gesichtspunkten etwa zu Großbetriebsformen mehr oder weniger gewerblicher Natur vor allem auch im Bereich der Veredlungswirtschaft tendieren, nachdrücklichst widersprochen werden. Aus den eingangs schon angesprochenen Gründen wird die gemeinsame Agrarpolitik der EWG solchen Entwicklungen mit allen Mitteln entgegenarbeiten müssen. Vom Markt her gäbe es hierfür auch keinerlei Veranlassung: Selbst günstigste Prognosen für die weitere Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauchs können nicht damit rechnen, daß die Verbrauchsziffern etwa noch einmal ebenso stark oder gar stärker anwachsen, als wir das in den letzten zehn Jahren bei uns in der Bundesrepublik erlebt haben. Dieser bisherigen Verbrauchssteigerung ist aber unsere landwirtschaftliche Produktion auf der Grundlage der bestehenden Gesamtstruktur leicht gefolgt und zeitweise sogar noch davongelaufen.

Sorge vor Überproduktion verbietet vermehrte Einfuhren

Die Sorge vor der „Überproduktion“ liegt auch in der öffentlichen Diskussion der agrarpolitischen Probleme ständig erheblich näher als etwa die Frage, wie sich durch Strukturänderungen die Produktionskraft unserer Landwirtschaft noch steigern ließe. Gerade hier

schließen sich dann aber die Einwände an, die auch von diesem Ende gegen die Vorstellung eines künftigen niedrigeren Getreidepreisniveaus ins Feld zu führen sind. Niedrigere Getreidepreise sind nur durchzusetzen auf der Grundlage höherer Zufuhren aus anderen Produktionsgebieten der Welt. Wenn aber schon auf der bisherigen Grundlage vornehmlich der einheimischen Bodenproduktion ständig die Sorge vor einer „bedenkenlosen Ausweitung der Agrarproduktion“ (Prof. Priebe) betont wird, wie sollte dann einer Über-

produktion erst gesteuert werden, wenn künftig auch noch in großen Mengen zusätzliche Rohstoffe aus den Produktionsüberschüssen anderer Wirtschaftsräume hinzugefügt würden?

Derartige Lösungsvorschläge könnten doch nur darauf hinauslaufen, daß die eigene landwirtschaftliche Produktion auf solche Weise gewaltsam zurückgedrängt werden sollte. Niemand wird aber wohl erwarten dürfen, daß eine solche „Agrarpolitik“ die Zustimmung landwirtschaftlicher Kreise finden könnte. (E. R.)

Man muß Vorurteile über Bord werfen

Der Mansholt- und Hallstein-Plan haben in den letzten Monaten und Wochen die kleineuropäischen Gemüter erregt. Die von Dr. Mansholt entwickelte agrarpolitische Konzeption wurde von den Verfechtern einer liberalen Wirtschaftspolitik als zu dirigistisch und von den Anhängern einer straff organisierten Wirtschaft als viel zu liberal bezeichnet. Gemäßigte Kommentare waren kaum in den Diskussionsbeiträgen der großen Zeitungen zu finden. Allein aus dieser Tatsache schlossen Kenner der Materie, daß die mit der Ausarbeitung der agrarpolitischen Richtlinien beauftragten Fachkräfte eine Kompromißlösung gefunden haben, die den berechtigten Belangen der einzelnen nationalen Wirtschaften weitestmöglich Rechnung trägt. Der von Hallstein entworfene Plan, die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes zu beschleunigen, hat von Natur aus sehr viel Bestechendes an sich, stieß aber gerade deshalb zunächst auf allgemeine Ablehnung. Inzwischen scheint man aber eingesehen zu haben, daß eine wirtschaftliche Integration stets Schwierigkeiten mit sich bringt und daß dabei Opfer und Vorleistungen unter den zu integrierenden Parteien recht ungleich verteilt sind, ja sein müssen.

Das unechte Preisniveau

Der Hallstein'sche Beschleunigungsplan schien anfangs gerade an Einwänden seitens der Landwirtschaft aus den Niederlanden und aus Deutschland zu scheitern. Die Niederlande sind seit eh und jeh

bestrebt, die bäuerliche Veredlungswirtschaft zu fördern. Die Futtermittelgetreidepreise hat man daher in den Niederlanden stets weitgehend dem Weltmarkt — sofern man im Hinblick auf die allerorten angewandten Subventionen überhaupt von einem echten Weltmarkt sprechen kann — anzupassen gesucht. Das gesamte niederländische Preisniveau liegt demzufolge — zumindest soweit es den Agrarsektor betrifft — weit unter dem europäischen Durchschnitt. Mit Recht wird daher die niederländische Agrarpolitik als expansionistisch bezeichnet, weil es den Erzeugern mit Hilfe der straffen Absatzorganisationen möglich ist, jede sich auf in- und ausländischen Märkten bietende Chance wahrzunehmen.

Im Gegensatz hierzu war die Agrarpolitik in Deutschland jahrzehntelang darauf abgestellt, eine möglichst umfangreiche einheimische Agrarproduktion aufrechtzuerhalten, d. h. auf eine Stützung der Getreide- und Zuckerrübenherzeugung eingestellt. Die Preise für diese Erzeugnisse mußten deshalb allein aus agrarpolitischen Gründen (wenn man klimatische und betriebswirtschaftliche Faktoren zurückstellt) über dem Weltmarktniveau liegen. Das hatte zur Folge, daß auch die einheimische Veredlungswirtschaft gegen unliebsamen Konkurrenzdruck des Auslandes abgeschirmt werden mußte.

Ähnliche Unterschiede in der agrarpolitischen Einstellung wie zwischen den Niederlanden und

Deutschland bestehen natürlich auch zwischen allen anderen Ländern. Es gibt heute in der ganzen freien Welt praktisch kein echtes Agrarpreisniveau mehr, geschweige denn einen Weltmarktpreis für einzelne Agrarprodukte. Die Hauptforderung, die seitens der Landwirtschaft in allen sechs Partnerländern erhoben wird, betrifft übereinstimmend gleiche Wettbewerbsmöglichkeiten. Gemeinsame Marktorganisationen können nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn die Produktionsbedingungen in allen beteiligten Produktionsgebieten gleich sind. Es wird niemand ernsthaft bezweifeln wollen, daß durch die unterschiedliche Wirtschaftspolitik in den einzelnen Mitgliedstaaten die Höhe der landwirtschaftlichen Produktionskosten außerordentlich beeinflusst worden ist.

Einfluß der Technik auf die Agrarstruktur

Dessen ungeachtet befindet sich die Landwirtschaft in den sechs EWG-Ländern seit Jahren in einer großen Umstellungsphase, die durch den Einbruch der Technik in die Landwirtschaft bedingt ist. In Westeuropa sind die Jahre, in denen es an Agrarprodukten mangelte, vorüber. Vielmehr gilt es heute, neue Märkte für die gewaltig angestiegene Agrarproduktion zu suchen. Der Einbruch der Technik in die Landwirtschaft und die mit Hilfe der Technik stark erhöhte ländliche Arbeitsproduktivität bedingen einen immer rationelleren Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Die überkommene Agrarstruktur wirkt sich hier bei allen Beteiligten gleichermaßen als Hemmschuh aus.

Die Bereinigung der Agrarstruktur aber erfordert Zeit, viel Zeit — um nicht von Jahrzehnten oder gar Generationen zu sprechen. Wie lang auch immer die Übergangsfristen bemessen werden, stets müssen zahlreiche Betriebe den Wettbewerb im Gemeinsamen Markt unter ungünstigen Ausgangspositionen aufnehmen. Die Agrarstrukturverbesserung wird deshalb auch in der Agrarpolitik der EWG an erster Stelle stehen, und je eher man dieses Problem gemeinsam anfaßt, um so besser wird die Lösung für die Betroffenen ausfallen.

Schnelle Verwirklichung tut not!

Diese Überlegungen haben wir bewußt in den Vordergrund gestellt, weil damit praktisch jede weitere Diskussion über den Abbau der Binnenzölle und Kontingente hinfällig wird. Die landwirtschaftliche Entwicklung an sich erfordert eine schnelle und vor allem zügige Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes.

Im Zeichen der nationalstaatlichen Wirtschaft war es möglich, mit Hilfe von Marktordnungen und Einfuhrschleusen eigene Marktschwierigkeiten auf die Nachbarn abzuwälzen, im Zeichen zunehmender internationaler Arbeitsteilung ist ein solches Verfahren nur noch bedingt anwendbar. Innerhalb des Gemeinsamen Marktes werden sich im Zuge der Wiederherstellung des Gleichgewichtes von Angebot und Nachfrage ähnliche Verschiebungen zwischen den landwirtschaftlichen Produktionszentren vollziehen wie seinerzeit bei der Gründung des deutschen Zollvereins. Ein Beibehalten des bisherigen Zustands oder

gar ein Hinausschieben der Übergangsfristen würde nur zu weiteren Verzerrungen und zu verstärkter agrarpolitischer Auseinanderentwicklung der zu integrierenden Länder führen.

Für eine Verkürzung der Übergangsfristen sprechen also abgesehen von politischen und Vernunftgründen auch viele landwirtschaftliche Erfordernisse, nicht zuletzt die Wandlung der Landwirtschaft von einem arbeitsintensiven zu einem kapitalintensiven Gewerbe sowie marktwirtschaftliche Überlegungen. Somit bleibt noch das „Wie“ des Beschleunigungsplanes zu untersuchen.

Der Kampf um das Preisniveau

Der Deutsche Bauernverband hat wiederholt gefordert, daß das deutsche Agrarpreisniveau die Grundlage für ein gemeinsames europäisches Agrarpreissystem bilden solle, d. h. daß die Agrarpreise innerhalb der EWG einseitig nach oben angeglichen werden sollten. Demgegenüber sehen die jüngsten Vorschläge eine zweiseitige Annäherung nach einem Mittelwert hin vor. Die Vor- bzw. Nachteile der bevorstehenden Preisveränderungen lassen sich im voraus mit detaillierten Berechnungen keineswegs bestimmen. Man kann nur globale Überlegungen anstellen. Ein Beibehalten des deutschen Preisniveaus würde für die deutsche Landwirtschaft mit Sicherheit auf die Dauer nachteilig sein, weil erhöhte Preise in unseren Partnerländern einen Produktionsanreiz und damit einen erneuten Konkurrenzdruck auf dem deutschen Markt zur Folge hätten.



COMMERZBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in
DUSSELDORF · FRANKFURT (MAIN) · HAMBURG

In Berlin BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

Eine zweiseitige Annäherung der Preise an ein gemeinsames Preisniveau läßt die Kostenvorteile der Länder mit niedrigen Futtergetreidepreisen allmählich schwinden. Allerdings besteht hierbei die Gefahr, daß die Erzeugerpreise für Veredelungserzeugnisse sinken, die Verbraucherpreise dagegen nicht. Das könnte zur Folge haben, daß die deutsche Landwirtschaft incommensmäßig hinter den übrigen Wirtschaftszweigen noch stärker zurückbleibt und die konkurrierenden Erzeuger in den Partnerländern mit Hilfe ihrer straffen Absatzorganisationen ihren Marktanteil bei zwar kleiner werdendem Kostenvorteil zu vergrößern suchen. Mit größerem Marktanteil können sie unter Umständen einen Teil des vom Handel beanspruchten Erzeugerpreisnachlasses für sich zurückgewinnen. Dadurch könnte sich ihre Marktposition weiter festigen.

Die zweiseitige Preisangleichung wird zwar die Verkaufserlöse von Getreide und Zuckerrüben für die deutsche Landwirtschaft verringern, muß aber nicht unbedingt die Höhe der Gesamteinnahmen nachteilig beeinflussen. Wenn es gelingt, die Erzeugerpreise für Veredelungsprodukte auf dem heutigen Niveau zu halten, wird der Einnahmeverlust bei der Bodenproduktion durch Mehreinnahmen bei der Veredelungsproduktion mehr als wettgemacht werden, zumal nach übereinstimmenden Prognosen die Nachfrage nach tierischen Veredelungsprodukten innerhalb der Übergangsfrist, d. h. bis Mitte 1967, um 20 bis 30 % gegenüber dem Stand von 1959 steigen wird. Diese kurze Betrachtung läßt vermuten, daß die Vorschläge der EWG-Kommission den Belangen der deutschen Landwirtschaft wahrscheinlich dienlicher sind als die Forderungen aus den eigenen Reihen. Gewiß, ein Lösen vom Altgewohnten ist immer hart und schmerzlich, weckt aber neue, dynamische Kräfte.

Agrarsoziologische Überlegungen

An dieser Stelle seien noch ein paar Überlegungen agrarsozialer Natur gestattet. Es ist bekannt, daß viele junge Menschen vom Lande außerhalb der Landwirtschaft tätig sind. Die bereits oben erwähnte wachsende Arbeitspro-

duktivität der Landwirtschaft erfordert, sofern die auf dem Lande Verbleibenden über einen auskömmlichen Lebensunterhalt verfügen sollen, eine weitere Abnahme der Landbevölkerung. Diese Entwicklung ist in allen Partnerländern zu beobachten und hat in vielen Gebieten schon zu starken soziologischen Spannungen geführt. Auch aus agrarsozialen Gründen ist die überkommene Agrarstruktur teilweise überholt. In diesem Zusammenhang sei nur darauf hingewiesen, daß es manchem Hof-erben schwerfällt, eine Familie zu gründen, weil kein Mädel mehr die schwere Arbeit der Landfrau auf sich nehmen will.

Auf lange Sicht überwiegen die Vorteile

Die deutsche Landwirtschaft ist weder im Gebiet der EWG noch der EFTA als Ganzes gesehen voll konkurrenzfähig. Wäre sie es, so könnte sie aus einem einheitlichen EWG-Großmarkt ja nur Nutzen ziehen und müßte daher die beschleunigte „totale Integrierung“ der europäischen Landwirtschaft wärmstens befürworten. Sie tut dies aus naheliegenden Gründen nicht. Vielmehr besteht sie — wenigstens noch für einige Übergangsjahre — mit Recht auf einem gewissen Schutz. Diese Schonfrist wird über kurz oder lang aber ablaufen. Es gilt also, die Zeit bis dahin voll zur Rationalisierung der Erzeugung zu nutzen.

Produktionskostensenkung und Produktivitätssteigerung

Wie steht es nun mit der Möglichkeit der Produktionskostensenkung in der Landwirtschaft? Grundsätzlich ist hierzu zu sagen, daß unter den westdeutschen klimatischen und betriebswirtschaftlichen Verhältnissen ein echter Wettbewerb nur im Rahmen der EWG, jedoch nicht gegen optimale Produktionsfaktoren in Übersee möglich ist. Es wäre aber schon viel gewonnen, wenn es gelänge, innerhalb des EWG-Raumes bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben. Theoretisch bieten sich hierfür zwei Wege an, einmal die Extensivierung der Betriebe, was

Die agrarsozialen Spannungen, die sich im engen nationalen Rahmen bereits bemerkbar machen, müssen naturgemäß im größeren Raum des Gemeinsamen Marktes verstärkt zum Ausbruch kommen. Ein Erkennen der Gründe und Ursachen und eine Therapie wird innerhalb eines vereinigten Europas — und sei es vorerst nur auf der kleineuropäischen Ebene des Gemeinsamen Marktes — viel eher möglich sein als auf nationaler Ebene. Aus allem folgt, daß derjenige, der Europa aus tiefstem Herzen bejaht, nicht zurückschauen darf. Es gilt Vorurteile über Bord zu werfen und neue Wege zu suchen. (v. S.)

in Anbetracht der hohen Fixkosten illusorisch ist, und der „Sprung nach vorn“, d. h. die Intensivierung der Erzeugung bei gleichzeitiger Kostensenkung. Vor allem gilt es dabei, den Umsatz je Arbeitskraft zu steigern.

Die mit der Steigerung der Produktivität verbundene Mehrproduktion stärkt immer mehr die Tendenz, Importe durch heimische Mehrerzeugung zu ersetzen. An diesem Punkt beginnt die große Problematik zwischen den Agrarinteressen der Bundesrepublik und denen der anderen EWG-Länder, ja darüber hinaus sogar der meisten Agrarexportländer der Welt. Worum geht es? Die deutsche Landwirtschaft möchte natürlich auch in Zukunft mehr produzieren dürfen. Das Ausland dagegen wünscht — möglichst steigende — Mengen an Agrarprodukten in der Bundesrepublik abzusetzen. Vor allem ist aber auch die deutsche Industrie an Agrarimporten interessiert, da damit die industriellen Exporte aus Deutschland bezahlt werden können. Auf diese Weise ist die deutsche Landwirtschaft ungewollt zwischen Scylla und Charybdis geraten. Eine Begrenzung ihrer Erzeugung bedeutet einen Rückgang ihrer Einnahmen, während eine Produktionssteigerung handelspolitische Schwierigkeiten heraufbeschwört — eine völlige Umkehrung der Lage von 1950.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
30 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Können die Agrarimporte aufrechterhalten werden?

Die konkrete Frage lautet also, wie die westdeutschen Agrarimporte aufrechterhalten werden können, ohne den Expansionsdrang der heimischen Landwirtschaft zu hemmen. Auf den ersten Blick erscheint das kaum möglich, denn während der industrielle Verbrauch fast unbegrenzt ausdehnungsfähig ist, sind dem Konsum an Nahrungsmitteln feste Grenzen gesetzt.

In Wirklichkeit ist die Lage keineswegs so dramatisch. Einmal wächst die Bevölkerung noch jährlich, und zweitens steigen mit wachsendem Einkommen auch die Ansprüche an die Ernährung (Mehrverzehr an Fleisch, Butter, Eiern auf Kosten von Brot, Margarine, Kartoffeln). Insgesamt kann der Mehrbedarf auf 3 bis 5% jährlich geschätzt werden, was etwa der Produktionszunahme der heimischen Landwirtschaft entspricht.

Das schließt nicht aus, daß auf Teilgebieten, z. B. bei Milch, Butter, Schweinefleisch, Kartoffeln, Zucker und einigen Gemüsearten, die volle Selbstversorgung mehr oder weniger erreicht wird. Insgesamt aber werden z. Z. nur 70% des Nahrungsbedarfs im Inland erzeugt. Wertmäßig erreicht der Import an Lebensmitteln (einschl. Genußmittel) einen Betrag von rd. 10 Mrd. DM. Ein Drittel aller Importe entfällt damit allein auf Nahrungsgüter. Dabei muß besonders betont werden, daß die ernährungswirtschaftliche Einfuhr sowohl wertmäßig als auch volumenmäßig bis 1959 — trotz der oben erwähnten Steigerung der eigenen Agrarproduktion — zugenommen hat.

Es bleibt nach allem also noch genug Raum für Importe, und zwar um so mehr, je höher der Lebensstandard steigt. Bei einigem guten

Willen wird sich also ohne weiteres ein Kompromiß zwischen den Interessen aller Beteiligten erzielen lassen.

Im übrigen ist durch die Bildung der EWG mit einer nachhaltigen Besserung der Einkommensverhältnisse in allen sechs Ländern zu rechnen. Das eröffnet den Agrarexportländern ganz neue Absatzsichten für ihre Produkte, da in weiten Teilen der EWG, z. B. in Südfrankreich und in Süditalien, wachsende Verbrauchereinkommen sich noch wesentlich stärker als in der Bundesrepublik in einem zunehmenden Verbrauch an landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten niederschlagen werden.

Nach allem wird sich an der Steigerungstendenz der westdeutschen Agrarproduktion also wenig zu ändern brauchen. Ganz abgesehen davon, daß es sicher immer richtig ist, das wertvollste volkswirtschaftliche Kapital, nämlich den Grund und Boden, bestmöglich zu nutzen, könnte ja auch einmal wieder eine Versorgungskrise kommen. In dem Falle wäre eine intensive Landwirtschaft mit hohen Hektarerträgen von großem Wert.

In diesem Zusammenhang sei noch betont, daß die Frage der Agrarimporte und der Industrieexporte weit dynamischer gesehen werden sollte als bisher. In Dänemark und den Niederlanden entwickelt sich zum Beispiel der Industrieexport immer stärker neben dem traditionellen Agrarexport, ohne daß irgendwelche „Einsprüche“ dagegen laut geworden wären. Im Gegenteil — diese Entwicklung wird begrüßt. Zweifellos wird dieser industrielle Export ehemaliger „Agrarländer“ noch ganz erheblich steigen und eventuelle Rückgänge im Agraraußenhandel weit überkompensieren.

Betriebsgrößenproblem und Beschäftigtenzahl

Eine ganz andere Frage ist, mit welchen strukturellen Änderungen die deutsche Landwirtschaft bei einer gemeinsamen Agrarpolitik im EWG-Raum rechnen muß. Die unterste Betriebsgröße eines Hofes wird nicht mehr die „Ackernahrung“ sein, die also das Leben einer Familie sichert, sondern diejenige Betriebsgröße, die einer Familie im vollmechanisierten Betrieb produktive Arbeit während des ganzen Jahres und damit ein entsprechendes Einkommen gewährt.

Es werden viele Betriebe „zusammengelegt“ werden müssen. Von den heute vorhandenen rd. 2 Mill. landwirtschaftlichen Betrieben wird unter Zugrundelegung der dänischen und holländischen Entwicklung und in Anbetracht der noch rasch fortschreitenden Mechanisierung vielleicht die Hälfte übrig bleiben.

Im Zuge dieser Rationalisierung werden auch viele landwirtschaftliche Arbeitskräfte frei werden, d. h. weichen müssen. Dies ist eine weitere unausweichliche Strukturveränderung im Rahmen der EWG. Möglicherweise wird sich die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen (z. Z. etwa 6 bis 7 Mill. in der Bundesrepublik) um 1,5 bis 2 Mill. verringern. Der Lebensstandard dieser „Landflüchtigen“ oder „Landvertriebenen“ — beide Ausdrücke treffen nicht den wahren Sachverhalt — wird jedoch weit eher steigen als sinken, da die meisten in der Industrie bessere Einkommen finden werden.

Allerdings muß die Rationalisierung mit einer Einbuße an einer Vielzahl selbständiger — in diesem Fall bäuerlicher — Existenzen erkauft werden. Das ist soziologisch stets unerwünscht und zu-

mal angesichts der gegenwärtigen Vermassung breiter Schichten der Bevölkerung besonders bedauerlich.

Als weitere Folge dieser „Neuordnung“ der Landwirtschaft wird sich ihr Gewicht innerhalb der Volkswirtschaft vermindern. Dies gilt notabene nur zahlenmäßig. Während 1880 noch 40% der Bevölkerung landwirtschaftliche Berufszugehörige waren, ist ihr Anteil heute auf etwa 12% geschrumpft. Die Zahl der Landwirte wird auch weiterhin absolut und relativ abnehmen.

Von der EWG zur europäischen Integration

Wenn es gelingt, die gegenwärtige Verfälschung des Wettbewerbs im Agrarsektor auszuschalten, so würde dadurch auch die Bildung eines einheitlichen Großwirtschaftsraumes, wie sie die EWG zum Ziele hat, wesentlich erleichtert. Hier entscheiden dann in erster Linie die Tüchtigkeit und der Fleiß der einzelnen Landwirte über das Schicksal und das Gedeihen ihrer Betriebe. Das aber ist in jedem Fall eine gesunde Entwicklung. Für die deutsche Landwirtschaft kann der Weg in die EWG in Anbetracht der aufzuholenden Rückstände z. T. dornenvoll sein. Außerdem sind noch viele andere Fragen ungelöst, vor allem die des künftigen Preis-

niveaus. Bei einer Senkung der Getreide- und Kartoffelpreise etwa auf das niederländische Niveau könnten die Roheinnahmen um gut 1 Mrd. DM sinken. Alles das wirft Probleme auf. Sie sind aber sämtlich lösbar, wenn die Modernisierung der deutschen Landwirtschaft bis auf den in den europäischen Spitzenländern erreichten Stand vorangetrieben wird. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dieses Ziel erreicht wird. Aus diesem Grund dürften auch für den Agrarsektor auf lange Sicht günstige Aussichten in der EWG bestehen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß eine gemeinsame Agrarpolitik der EWG in um so stärkerem Maße die Grundlage für eine europäische Agrarpolitik bilden könnte, je einheitlicher, großräumiger und weitsichtiger sie ausgerichtet ist. Die Probleme sind zwar weit größer als bei der EWG. Man denke z. B. nur an den spezifischen englischen Agrarschutz, der ganz aus dem kontinental-europäischen Rahmen herausfällt. Dennoch liegen auch hier keine grundsätzlichen Hindernisse vor, wieder zu einer gesamteuropäischen „Agrarintegration“ zu kommen, wie sie vor dem ersten Weltkrieg, abgesehen von einigen Zöllen, bestand. (H. v. d. D.)

Situation auf den Weltagarmärkten, vor allem bei Weizen und Zucker, eine gewisse Differenz zwischen dem inneren EWG-Markt und dem Weltmarkt und somit ein höheres Agrarpreisniveau notwendig macht. Diese Erkenntnis darf aber nicht dazu führen, daß eine völlige Abschnürung des EWG-Marktes vom Welthandel erfolgt. Die Einführung eines Systems von Abschöpfungen, wie sie die Kommission vorschlägt, dürfte jedenfalls eine zu weitgehende Maßnahme sein. Vielmehr dürften Zollmaßnahmen für einen vertretbaren Schutz gegenüber großen Störungen vom Weltmarkt genügen.

Selbstverständlich entspricht es dem allgemeinen Prinzip des Vertrages von Rom, daß ein gemeinsamer Nenner für die Preisgestaltung gefunden werden muß. Die von dem Bundesernährungsministerium vertretene Auffassung in der Frage der Weizen- und Futtergetreidepreise muß jedoch sehr bedenklich scheinen. Es wäre jedenfalls bedauerlich, wenn die Auffassung der Bundesregierung auf Anhebung der EWG-Getreidepreise auf den deutschen Stand sich durchsetzen würde. Letztlich liegt eine solche expansive Preispolitik auch nicht im Interesse der Landwirtschaft selbst. Handelt es sich doch bei preispolitischen Maßnahmen dieser Art insgesamt um künstliche Manipulationen, die an der Situation selbst nichts ändern, sondern sie nur künstlich verfälschen. Daraus ergibt sich weiter, daß auch auf europäischer Ebene die Verbesserung der Wettbewerbslage der Landwirtschaft insgesamt unbedingte Priorität genießen muß.

Strukturverbesserung der Landwirtschaft

Seit etwa zehn Jahren ist zwar die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft auch in der Bundesrepublik allgemein gewachsen, jedoch befinden wir uns noch immer im Anfangsstadium der Bemühungen um Betriebsrationalisierung, Technisierung, Strukturverbesserung und Regionalplanung auf dem Agrargebiet. Die EWG-Kommission hat in ihren Vorschlägen zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsa-

Wir sollten die Hochkonjunktur ausnutzen!

Die Schwierigkeit der Agrarpolitik im nationalen Bereich scheint sich leider auf europäischer Ebene verstärkt fortzusetzen. Dabei sollte die richtige Optik bei zwei Kernfragen auch von den Sprechern der landwirtschaftlichen Organisationen immer berücksichtigt werden.

Verhängnisvolle Autarkie

Der Gedanke einer europäischen Mauer um die Agrarmärkte der EWG-Länder kann selbst bei gutwilligster Auslegung der Agrarvorschläge der EWG-Kommission nicht geleugnet werden. Die landwirtschaftlichen Interessenverbände lassen eine weitere Verschärfung dieser Autarkiepolitik befürchten. Aus wirtschaftspolitischen und politischen Gründen wäre eine solche Konzeption und erst recht

ihre Verwirklichung nicht nur schlecht, sondern sie könnte geradezu verhängnisvolle außenpolitische Folgen haben.

Die wesentlichsten Absatzprodukte der überseeischen Länder sind Agrarerzeugnisse, deren Verkauf in den europäischen Ländern für sie lebenswichtig ist. Eine Isolierung der Gemeinschaft der Sechs auf agrarpolitischem Gebiet würde die sich gerade anbahnenden Handelsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern, vor allem in Südamerika und Afrika, hart treffen und außerdem den Beziehungen zwischen den Sechs und den Sieben weiter abträglich sein.

Zu den Vorschlägen der Kommission auf dem Gebiet der Preispolitik ist zwar zuzugeben, daß die

men Agrarpolitik gemäß Art. 43 EWG-Vertrag unter anderem Grundsätze für eine Agrarstrukturpolitik entwickelt.

Mit Recht geht die Kommission dabei davon aus, daß vor der Therapie die Diagnose erforderlich ist, d. h. sie schlägt vor, daß die Kommission von den nationalen Regierungen laufend über die Ergebnisse einer Agrarstrukturpolitik unterrichtet wird. Darüber hinaus will die Kommission dem Ministerrat weitere Maßnahmen zur Orientierung und Annäherung der Agrarstrukturpolitik vorschlagen. Dabei will die Kommission selber finanzielle Hilfe leisten, die die bereits stattgefundenen oder noch zu erwartenden Maßnahmen der Regierungen ergänzen soll. Also: die „grünen Pläne“ der nationalen Regierungen sollen durch einen „Grünen Plan“ unter europäischem Vorzeichen ergänzt werden.

Ab 1961 soll ein europäischer Fonds zur Verbesserung der Agrarstruktur seine Arbeit aufnehmen. Dieser Fonds soll durch Anleihen von der Europäischen Investitionsbank noch unterstützt werden. Die deutsche Landwirtschaft wird hierbei sich vor allem auf die Schaffung rationeller Betriebsgrößen konzentrieren müssen. Dem Bundesernährungsministerium ist zuzustimmen, daß es vor allem bei der deutschen Agrarwirtschaft darum geht, neben Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebsorganisation und Betriebsführung einen Betriebstyp zu fördern, der mit einem maßvollen Gebäude- und Maschinenbesatz ein hohes Roh- und Reineinkommen ermöglicht.

Im einzelnen treffen die von der Kommission entwickelten Ziele für die Arbeit dieses Fonds durchaus auch für die deutsche Landwirtschaft zu und sind auch für sie zu bejahen. Zunächst ist daran gedacht, solche landwirtschaftlichen Betriebe besonders zu fördern, die ein angemessenes Einkommen ermöglichen und auch als Familienbetriebe angesprochen werden können. Außerdem sollen die vom Fonds unterstützten Vorhaben eine Krisenfestigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen herbeiführen; es soll eine ausreichende strukturelle Elastizität erzielt werden, die

eine Anpassung an die Marktverhältnisse und das Arbeitskräfteangebot zuläßt. Im Rahmen eines synchronisierten landwirtschaftlichen Aktionsprogramms der EWG-Mitgliedsländer sollen auch neuzeitliche Landwirtschaftsmethoden eingeführt werden. Der Fonds soll aber auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwandt werden.

Aufgaben der Raumplanung

Der gegenwärtige Zeitpunkt des Konjunkturhochs ist für einschneidende und kostspieligere Maßnahmen günstig. Hoffentlich wird dieser Zeitpunkt auch für Maßnahmen dieser Art genutzt. Hoffentlich entschließt man sich auch, hier und da unrentable landwirtschaftliche Betriebe aufzugeben; denn heute sind Arbeitskräfte, die aus der Landwirtschaft kommen, in der Industrie hoch willkommen!

Vergessen wir auch bei der Erörterung der EWG-Agrarpolitik nicht, daß der Gemeinsame Markt in erster Linie dem Verbraucher dient und daß alle die Betriebe Vorrang haben müssen, die am preis- oder sachgünstigsten liefern, zu Lasten derjenigen, die unrentabel arbeiten. Soziale Härten lassen sich am meisten in der Hochkonjunktur mildern oder gar beheben.

Die gesamtwirtschaftliche Verantwortung für die Agrarpolitik

Es ist erklärlich, daß jedes Partnerland bei der Gestaltung der zukünftigen Agrarpolitik der EWG bemüht ist, seine bisherigen nationalen Praktiken als allgemein gültige Regeln in den Gemeinsamen Markt einzubringen. Keineswegs kann es sich jedoch bei der zukünftigen Agrarpolitik um eine Addition aller bisherigen nationalen Maßnahmen handeln. Es kommt vielmehr darauf an, einen Mittelweg zu finden, der der neuen Situation gerecht wird. Hierbei müssen unsere internationalen handelspolitischen Verflechtungen beachtet werden.

Agrarpolitik als integrierender Bestandteil der Wirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft ist integrierender Bestandteil der gesamten Wirtschaft. Sie kann heute kein Eigenleben mehr führen. Immer mehr dringt die Erkenntnis durch,

Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen, daß eine echte Verbesserung der Agrarstruktur nur mit rein landwirtschaftlichen Mitteln zu erreichen ist. Im Zeichen der Hochkonjunktur bietet sich eine bisher zu wenig genutzte Möglichkeit förmlich an: Ansiedlung von Gewerbebetrieben in ländlichen Räumen. Diese Ansiedlung würde die bei Rationalisierungsmaßnahmen der Landwirtschaft freiwerdenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aufnehmen können. Dadurch könnte neben der Verbesserung der finanziellen Lage ländlicher Gemeinden auch eine Auflockerung der Arbeitsmarktsituation eintreten. Eine erhebliche Zahl von Arbeitskräften, vor allem Frauen, könnte den empfindlichen Arbeitskräftemangel zumindest etwas erleichtern. Es handelt sich allerdings hier um eine Aufgabe, die vor allem bei der Auswahl der in Betracht kommenden Industriefirmen für eine Ansiedlung in ländlichen Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Es sollen dabei nicht nur staatliche Stellen wie Gemeinden, Regierungspräsidenten, Länder, sondern auch Industrie- und Handelskammern zur Beratung herangezogen werden. (Dr. H. M.)

daß die Probleme der Agrarpolitik nicht allein im Rahmen der Landwirtschaft gelöst werden können. Man kann z. B. die Agrarstruktur in Italien, das eine statistisch erfaßte landwirtschaftliche Bevölkerung von etwa 40% der Gesamtbevölkerung hat, nicht allein mit agrarpolitischen Maßnahmen verbessern. Hier kommt es entscheidend auf die Förderung der allgemeinen Wirtschaft an, um der überschüssigen Bevölkerung eine lohnende Beschäftigung zu geben. In der Bundesrepublik beläuft sich der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil auf etwa 12%, und trotzdem gibt es auch hier noch Strukturprobleme zu lösen.

Nach Ansicht der Industrie kann der enge Zusammenhang zwischen Agrarpolitik und Wirtschaftspolitik jedoch nicht allein in den erforderlichen Beiträgen der allge-

meinen Wirtschaftspolitik zur Agrarpolitik bestehen. Es sind genauso die zu erwartenden Auswirkungen der Agrarpolitik auf die Handelspolitik und die Finanzpolitik zu beachten. In sozialpolitischer Hinsicht ist der Einfluß der Agrarpreise auf die Lebenshaltungskosten und damit auf die Lohnentwicklung in der EWG zu beachten.

Das Argument, daß eine Beibehaltung der hohen deutschen Getreidepreise für die deutsche Wirtschaft ohne Auswirkung bleibt, ist in der Praxis nicht haltbar. Bei einer Anhebung der jetzt niedrigen französischen Getreidepreise würden — wenn man zunächst einmal von dem Überschußproblem absieht — zunächst in Frankreich die Lebenshaltungskosten und damit auch die Löhne steigen. Dasselbe würde für Belgien und die Niederlande gelten. Diese Lohnbewegung würde sich zweifellos im Zuge der zu erwartenden Harmonisierung der Lohn- und Sozialpolitik auf den gesamten EWG-Raum und damit auch auf die Bundesrepublik ausdehnen. Die Industrie, die einen erheblichen Teil ihrer Produktion auf dem Weltmarkt absetzt, würde dadurch in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeengt. Eine derartige Entwicklung dürfte wiederum letztlich auch nicht im Interesse der Landwirtschaft liegen, die angesichts der ständigen Produktionssteigerung mehr denn je auf eine weitere Kaufkraftentwicklung angewiesen ist.

Handelspolitische Erfordernisse

Von industrieller Seite wurde verschiedentlich die Forderung erhoben, daß die agrarische und industrielle Handelspolitik zur gleichen Zeit entwickelt und damit in ihrer Gesamtheit behandelt werden muß. Daher muß die Landwirtschaft in den jetzt beschlossenen Beschleunigungsprozeß miteinbezogen werden. Die künftige Agrarpolitik muß von vornherein mit den traditionellen Handelsbeziehungen der Mitgliedstaaten in Einklang gebracht werden. Die Förderung des Handels mit dritten Ländern ist im EWG-Vertrag ein fest verankerter Grundsatz. Hierauf sei mit besonderem Nachdruck hinge-

wiesen. In besonderem Maße gilt diese Forderung der Industrie für unser Verhältnis zu den EFTA-Ländern. Nur dann kann die unbedingt notwendige Verständigung herbeigeführt werden, wenn den Agrarexportländern der EFTA ein angemessener Marktanteil zugestanden wird, und zwar zumindest auf der Grundlage der bisherigen Importe.

Diese Forderung der Industrie läuft also keineswegs auf eine Einschränkung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Produktion hinaus. Es kommt lediglich darauf an, den gegenwärtigen Produktionsanstieg mit der Verbrauchsentwicklung in Einklang zu halten. Die Gefahr der Überproduktion und damit der handelspolitischen Einengung ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die landwirtschaftliche Produktion des EWG-Raumes jährlich um etwa 3,5% ansteigt, während die jährliche Bevölkerungszunahme lediglich 0,8% erreicht. Diese Disparität zwischen Produktion und Absatz wird uns in einigen Jahren genau so zu schaffen machen, wie das gegenwärtig in den USA der Fall ist. Der Selbstversorgungsgrad beläuft sich zur Zeit im EWG-Raum auf 87%. Schaltet man jedoch in der Statistik die Importe von tropischen Produkten aus, wird ein Selbstversorgungsgrad von 96% erreicht.

Der Vorwurf der Landwirtschaft, daß die Überproduktion durch den handelspolitischen Druck der exportorientierten Industrie hervorgerufen würde, daß also die agrarische Überproduktion gewissermaßen importiert würde, läßt sich an Hand der obigen Ziffern von 3,5% und 0,8% widerlegen. In den letzten drei Jahrzehnten haben zwar die Agrarimporte in den EWG-Raum zugenommen. Hierbei muß jedoch eine Unterscheidung zwischen tropischen und subtropischen Produkten getroffen werden. Die Importe tropischer Produkte (Baumwolle, Olsaaten, Kaffee, Tee, Kakao etc.) haben zwar um 40% zugenommen. Die Importe konkurrierender subtropischer Produkte (Getreide, Fleisch, Molkereiprodukte) haben jedoch in der gleichen Zeit um 15% abgenommen.

Strukturpolitik contra Preispolitik

Die Problematik der Agrarstruktur der EWG mag schlaglichtartig durch wenige Ziffern beleuchtet sein. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung beläuft sich in der Bundesrepublik auf etwa 12%, in Frankreich auf 25% und in Italien auf etwa 40%. Es genügen aber 10 bis höchstens 15%, um die gesamte Bevölkerung mit den erforderlichen Nahrungsmitteln zu versorgen.

Bei diesen Ziffern aus Italien und Frankreich ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Statistik in diesen Ländern alle auf dem Lande wohnenden Menschen als landwirtschaftliche Bevölkerung ausweist. Insbesondere in Italien handelt es sich jedoch bei diesen Menschen meist um mehr oder weniger unterbeschäftigte Selbstversorger, denen das Notwendigste zum Leben fehlt. Keineswegs läßt sich die Struktur durch eine Preispolitik verbessern, die einseitig auf hohe Preise abgestellt ist.

In der Bundesrepublik wird es nicht so sehr darauf ankommen, die Menschen von der Landwirtschaft bzw. vom Lande abziehen. Die Gebiete mit unterbeschäftigten Menschen („latente Arbeitslosigkeit“) müssen vor allem mit industriell-gewerblichen Unternehmen durchsetzt werden. So wird es gelingen, das Einkommen je Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verbessern und die „Einkommensdisparität“ zu mindern.

Die Zahl nichtlebensfähiger Kleinbetriebe hat bereits zugunsten gesunder mittlerer bäuerlicher Familienbetriebe abgenommen. Ebenso hat sich die Größe der bisher von Gesindekräften abhängigen größeren Betriebe verringert. Diese Entwicklung ist in vollem Gange. Keineswegs dürfen hiergegen gefühlsbetonte, irrealer romantische Vorstellungen ins Feld geführt werden, die oftmals in geradezu demagogischer Weise ausgewalzt werden.

Wenn jetzt die Auffassung vertreten wird, daß die deutsche Landwirtschaft erst dann in den Beschleunigungsprozeß der EWG einbezogen werden kann, wenn die Agrarstruktur verbessert ist, dann

liegt darin eine Doppelzüngigkeit. Diese Kreise haben nämlich bislang immer der Preispolitik das Primat vor der Strukturpolitik gegeben und wollen jetzt mit dieser Methode ihre bisherige Preispolitik unter dem Schutzschild der Strukturpolitik aufrechterhalten.

Die Getreidepreisfrage

Der erste entscheidende Schritt zur Harmonisierung der EWG-Agrarpolitik ist die Angleichung der recht unterschiedlichen Getreidepreise. In Frankreich liegt z. B. der Erzeugerpreis für Weizen bei etwa DM 30,— pro dz und in der Bundesrepublik DM 43,50 pro dz. Gegen den von der Kommission vorgeschlagenen Schritt der Preisangleichung durch Senkung bzw. Angleichung der Getreidepreise um 1,— DM pro dz setzt sich die deutsche Landwirtschaft zur Wehr. Diese starre Haltung verwundert angesichts der Tatsache, daß nur 10,4 % der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse aus der Getreidewirtschaft stammen. Davon gelangt außerdem noch ein Teil auf den Markt zum Wiederverkauf an andere landwirtschaftliche Betriebe. Allein 72 % der Verkaufserlöse stammen aus der Veredlungswirtschaft. Für diesen großen Zweig der landwirtschaftlichen Produktion ist Getreide ein Rohstoff.

Warum diese Verteuerung der Rohstoffe? Verhältnismäßig wenige Betriebe leben in erster Linie vom Getreidebau. Die überwältigende Zahl der mittleren bäuerlichen Familienbetriebe lebt von der Veredlungsproduktion und muß Futtermittel zukaufen. Hier drängt sich die Vermutung auf, daß die Agrarpolitik — wie in früheren Zeiten — auch heute noch von den großen getreideproduzierenden Landwirten bestimmt wird. Wenn man die Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe auf seine Fahne geschrieben hat, dann kann man sich nicht so einseitig für die Erhaltung hoher Getreidepreise aussprechen, es sei denn, man ist bemüht, mit Hilfe dieser Fahne eine möglichst hohe Differenzialrente zu erhalten.

Auf Grund der gegebenen Situation bleibt der deutschen Landwirtschaft zwangsläufig nichts anderes übrig, als die auf längere

Sicht nicht aufzuhaltende Getreidepreissenkung durch eine verstärkte Zuwendung zur Veredlungswirtschaft auszugleichen. Dieser Schritt muß sich allmählich in Anpassung an die veränderten Verzehrsgewohnheiten vollziehen. Der Brot- und Backwarenverbrauch verminderte sich in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren von 131 kg auf 84 kg je Kopf und Jahr. Dieser Trend wird sich langsam fortsetzen zugunsten der Veredlungsprodukte. Hier liegt auch für die deutsche Landwirtschaft noch eine Produktionschance, die man nicht allein unseren Nachbarn überlassen sollte. Sollten sich bei diesem Umstellungsprozeß für einzelne Betriebsgruppen aber

Schwierigkeiten ergeben, müßte mit Überbrückungshilfen eingegriffen werden, die jedoch gezielt und nicht global gegeben werden dürften.

Nach Ablauf der Übergangszeit muß es zur Harmonisierung der Agrarpolitik der EWG gekommen sein. Damit wäre gleichzeitig auf dem Agrarsektor eine Ausgangsbasis für die Verständigung mit der EFTA gegeben. Wenn auch die EFTA die Agrarpolitik auf Grund der Commonwealth - Präferenzen Großbritanniens mehr oder weniger ausgeklammert hat, so läßt sich auf die Dauer eine erfolgreiche gesamteuropäische Wirtschaftspolitik nur unter Einschluß der Agrarpolitik durchführen. (Dr. Wa.)

Die pervertierte Lohn-Preis-Spirale

Wir fürchten uns vor einer Überhitzung der Konjunktur, wir fürchten uns aber genau so vor einem Umschlagen des aufsteigenden Konjunkturtrends. In dieser doppelten Sorge steckt bestimmt keine zwingende Logik, denn das Blühen einer Volkswirtschaft kann nicht auf dem schmalen Grat zwischen Überhitzung und Depression aufgebaut sein. Es ist deshalb erfreulich, zu lesen, daß sich die deutsche Wirtschaft weder in konjunktur- noch währungspolitischer Hinsicht irgendwelche Sorgen zu machen braucht. Wenn wir aber — wie es heißt — trotz dieser optimistischen Beurteilung „gewisse Bedenken über die jüngste Entwicklung von Löhnen und Preisen nicht unterdrücken können“, so sind wir genau an dem Punkt, um den wir uns Sorge machen. Denn die Umdrehung der Preis-Lohn-Spirale ist ein maßgebliches Symptom der konjunktur- und währungspolitischen Situation.

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob die Löhne oder die Preise die Bewegung auslösen. Aber eins ist sicher: Während früher die Arbeitgeber oft um Bruchteile von Lohnforderungen feilschten, weil sie zu Recht oder Unrecht nicht nur die Schmälerung ihrer Gewinnmarge, sondern die Erschütterung des Wirtschaftssystems befürchteten, sind sie heute großzügig — und zwar allzu großzügig — bereit, Lohnerhöhungen zu gewähren, um ihre Arbeitnehmer zu halten oder neue Arbeitskräfte zu werben. Um das Ausmaß dieser pervertierten Lohn-Preis-Spirale zu erfassen, darf man sich nicht auf die Registrierung der effektiven Lohnsteigerung beschränken. Die Nebenleistungen fallen oft stärker ins Gewicht. Gewiß — das ist nicht überall der Fall — denn die Wirtschaft ist ein komplexes Gebilde, aber leider wirkt sich dieses Verhalten auf alle Wirtschaftszweige aus, und die Leidtragenden sind die Branchen im Konjunkturschatten, die aber zum Bestehen einer harmonischen Wirtschaft unentbehrlich sind.

Wenn wir nach der Ursache dieser großzügigen Arbeitgeberpolitik fragen, so liegt sie ganz offenbar darin, daß infolge der Nachfrage-Angebots-Situation die erhöhten Lohnkosten auf die Preise überwältigt werden können. Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage sollten es die Arbeitgeber vermeiden, Arbeitskräfte um jeden Preis zu gewinnen, selbst wenn die zusätzliche Gewinnchance diesen Wunsch nahelegt. Sie sollten sich einmal die Frage vorlegen, welche Arbeitsleistung sie durch ihre scheinbare Großzügigkeit tatsächlich einhandeln. Mag sein, daß die Gewerkschaften heute noch diese für sie günstige Situation begrüßen, sie werden sie aber teuer bezahlen müssen, wenn die Konjunktursituation zum Überschlagen kommt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Entwicklung zum Gemeinsamen Markt noch große Anforderungen an unsere wirtschaftliche Expansionskraft stellt. Wir müssen dafür Arbeitskräfte sparen, auch wenn dies einen vorübergehenden Gewinnverzicht erfordert. Wir müssen stattdessen entsprechende Rationalisierungsinvestitionen vornehmen, dafür sind globale restriktive Maßnahmen der Bundesbank vielleicht nicht das richtige Mittel. Appelle werden sicher nur wenig nützen. Aber eins müssen wir vermeiden: daß es zu einer Torschlußpanik der Gewinnmaximierung kommt. Deshalb sollte man die Lohn-Preis-Situation nicht zu sehr bagatellisieren. (sk)